

Dr. Braun gegen Herrn von Reudell.

Der preussische Ministerpräsident an den Reichskanzler.

Am letzten Sonntag fand im Zirkus Busch zu Berlin eine Versammlung der „Deutschen Studentenschaft“ statt, die sich gegen die von dem preussischen Kultusminister Dr. Vecker angeordnete Neuordnung des Studentenrechts wandte. Bei der Versammlung wurde ein Begrüßungstelegramm des Reichsinnenministers v. Reudell verlesen. Dieser Vorgang hat zu Beratungen im preussischen Ministerium geführt, als deren Resultat ein Schreiben des preussischen Ministerpräsidenten an den Reichskanzler anzusehen ist, das am 30. November an Dr. Marx übergeben wurde und folgenden Wortlaut hat:

Hochgeehrter Herr Reichskanzler! Der Herr Reichsminister des Innern hat zur Rundgebung der Deutschen Studentenschaft, die am vorigen Sonntag, den 27. November, gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung stattgefunden hat, an den Vorstand der Deutschen Studentenschaft nach unwidersprochen gebliebenen Zeitungsberichten folgendes Telegramm gerichtet: „Im Geist unter Ihnen in innerer Verbundenheit bekennen wir uns mit herzlichen Grüßen und Wünschen v. Reudell.“

Auf Erkundigungen bei den zuständigen Stellen des Reichsinnenministeriums ist die Tatsache der Absendung des Telegramms bestätigt, allerdings hinzugefügt worden, daß man den authentischen Wortlaut nicht kenne, daß er aber dem Sinn der oben angeführten Depesche entspreche.

Ich muß bei Ihnen, hochgeehrter Herr Reichskanzler, auf das entschiedenste dagegen Verwahrung einlegen, daß ein Mitglied der Reichsregierung in einer Frage, die die preussischen Hochschulen und Studentenschaften aufs tiefste erregt und die Hochschulen in heftige politische Kämpfe hineinzuziehen droht, gegen die verantwortliche preussische Regierungspolitik in einer Weise öffentlich Stellung nimmt, die sich mit den gegen das preussische Ministerium für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung gerichteten Angriffen identifiziert. Ich muß hierin wie jedermann eine starke Zurückhaltung der Politik der preussischen Regierung erblicken, um so mehr, als der Herr Reichsminister des Innern bereits mehrfach öffentliche, insbesondere öffentliche Stellung genommen haben, in ihren Angriffen durch seine Haltung offensiv befördert hat. Da sich eine derartige Einstellung des Herrn Reichsministers Dr. v. Reudell mit ausgesprochener Spitze gegen die preussische Regierung auch schon bei anderen Gelegenheiten bemerkbar gemacht hat, so darf ich Sie, Herr Reichskanzler, ergeblich bitten, dafür Sorge zu tragen zu wollen, daß sich derartige Fälle unter keinen Umständen wiederholen, da die preussische Regierung andernfalls sich zu ihrem Bedauern genötigt sehen würde, jeden Verkehr mit dem Herrn Reichsminister Dr. v. Reudell abzubrechen.

In bekannter Hochachtung und Verehrung Ihr
gez. Braun.

Zur Kabinettsitzung am Mittwoch.

Berlin, 1. Dezember. Das Reichskabinet hat sich in seiner Sitzung am Mittwoch nicht mit dem Bescheid über die preussischen Ministerpräsidenten Braun an Reichskanzler Marx beschäftigt, obwohl man dieses erwartet hatte. Wahrscheinlich werde sich das Kabinet überhaupt nicht mit der Angelegenheit beschäftigen, sondern der Reichskanzler werde sich bemühen, in persönlicher Aussprache mit Braun einen Ausgleich zu finden.

Deutschnationale Stellungnahme.

Dieser so plötzlich aufgetauchte Zwischenfall ist geeignet, einen neuen Spannungspunkt zwischen der Reichsregierung und dem preussischen Kabinet zu bilden. Er wird starke Auseinandersetzungen zwischen den Parteien hervorrufen.

So schreibt bereits ein Berliner rechtsstehendes Blatt: „Es paßt nur zum Ganzen der bisherigen Geschäftsführung des preussischen Ministerpräsidenten, wenn er auch in diesem Falle wiederum den Abbruch der persönlichen und dienstlichen Beziehungen einem Manne gegenüber androht, der es mit seinem Gewissen nicht zu vereinbaren wußte, nach der Pfeife zu tanzen, die zurzeit in Preußen angeschlagen wird. Der letzte Absatz in dem Briefe des preussischen Ministerpräsidenten ist eine Ungeheuerlichkeit und dürfte auch wohl allseits als eine solche empfunden werden. Wird doch hier nicht mehr und nicht weniger verlangt, als daß der Reichskanzler einem Ministerkollegen den Mund zu politischen Rundgebungen verbieten soll, die der preussischen Linkregierung nicht genehm sind.“

Dr. Schacht rechtfertigt seine Haltung.

Rede auf der Hanfahundstagung.

In Berlin fand eine Tagung des Wirtschaftspolitischen Gesamtschusses des Hanfahundes für Gewerbe, Handel und Industrie statt. Der Präsident des Hanfahundes, Reichstagsabgeordneter Dr. Fischer-Röhl, eröffnete die Tagung mit einer Rede über die finanzpolitischen Gegenwartsfragen. Er führte u. a. aus, daß das Steuervereinfachungsgesetz weit umfassender als die Regierungsvorlage sein und eine wirkliche Steuervereinfachung in Verbindung mit einer wirksamen Realsteuerentlastung bringen müsse. Daß in vielen deutschen Gemeinden in den letzten Jahren eine Ausgabenwirtschaft getrieben worden sei, die mit den uns aufgezwungenen Notwendigkeiten zu äußerster Sparsamkeit nicht in Einklang zu bringen ist, werde auch der eifrigste Vertreter der Kommunalwirtschaft nicht leugnen können.

Der Reichsrentenpräsident für Endlichkeit.

Nach Dr. Fischer-Röhl hat der Reichsrentenpräsident Dr. Schacht das Wort, um auf die in der letzten Zeit von Kommunalverwaltungen gegen ihn gerichteten Angriffe zu antworten. Er erklärte, daß alles, was er über die Politik der Reichsrenten sage, viel zu sehr unter dem Gesichtspunkt der Sensation behandelt werde. Die Fragen, um die es sich handle, seien aber viel zu ernst, als daß sie nicht endlich des Sensationellen und Persönlichen entkleidet werden sollten. Es seien Fragen, die nur dann zu lösen seien, wenn sich das ganze Volk mit ihnen befaße und ohne Unterschied der Partei an einer sachlichen Lösung mitarbeite. Die Frage sei, ob wir uns in finanzpolitischen Dingen freiwillig einer Selbstkontrolle unterwerfen oder ob wir uns einer ausländischen Kontrolle aussetzen wollen. Die Entscheidung könne wohl nicht zweifelhaft sein. Offenheit über unsere Lage und Wahrheit zur Selbsterkenntnis könnten Deutschlands Kredit nur verbessern. Der Reichsrentenpräsident schloß seine Ausführungen mit dem Bemerken, daß er den Glauben an die Arbeitskraft und an die Opferwilligkeit des deutschen Volkes nicht verloren habe.

Keine Teilmobilisation der litauischen Armee.

London, 30. November. Die Nachrichten über Teilmobilisation der litauischen Armee entsprechen nicht den Tatsachen.

Politische Rundschau Deutsches Reich.

Änderung des mecklenburgischen Landtagswahlgesetzes.

Der Mecklenburg-Schweriner Landtag beschloß mit überwiegender Mehrheit in dritter Lesung eine Änderung des mecklenburgischen Landtagswahlgesetzes, die dahin geht, daß zukünftig die Ablehnung von Wahlleuten im Amt bei der Landtagswahl mit Geldstrafe von 5 bis 1000 Mark belegt werden soll. In seinen Einzelbestimmungen befreit das Gesetz von der Verpflichtung zur Übernahme dieser Ehrenämter u. a. Reichstags-, Reichswirtschaftsrats- und Landtagsabgeordnete.

Großbritannien.

Umgestaltung des englischen Kabinetts. In London wird mit Bestimmtheit erwartet, daß drei Mitglieder der Regierung nächstes Jahr die Pairswürde erhalten werden, daß ein oder zwei Unterstaatssekretariate neu besetzt werden sowie, daß mit weiteren Veränderungen innerhalb des Kabinetts und der Neubesezung einiger weniger wichtiger Posten zu rechnen ist. Der Präsident des Handelsamts, Cunliffe Lister, der Transportminister Oberst Ashley und der Erste Seeford Bridgeman werden wahrscheinlich aus dem Kabinet ausscheiden. Es soll die Absicht bestehen, durch Ernennung von Kabinettsmitgliedern mit moderneren Ansichten die Unzufriedenheit mit der jetzigen Regierung zu bekämpfen.

Aus In- und Ausland.

Berlin. Um für die Handelsvertragsverhandlungen mit Polen eine günstigere Stimmung zu schaffen, hat sich vor einiger Zeit ein deutsch-polnisches Komitee gebildet, dem auf deutscher wie auf polnischer Seite namhafte Politiker und Wirtschaftler angehören.

Berlin. Hier ist jetzt von Preisen, die der Antialkoholbewegung nahe stehen, eine Partei gegründet worden, die sich an den nächsten Reichstagswahlen mit eigenen Kandidaten beteiligen will. Die neue Partei nennt sich „Partei für Abstinenz und Bodenreform“. Der Spitzenkandidat der Partei wird Professor Dr. Dehnbach-Prenten sein.

Paris. Die Heereskommission der Kammer beschloß, die Verringerung der Militärbesetzung auf ein Jahr für alle Soldaten, die älter von drei Jahren sind, zur Anwendung zu bringen.

Prag. Der seit mehreren Wochen wegen Lohnunterschieden bestehende Konflikt zwischen Eisenbahnern und Eisenbahnverwaltung kann als beendet angesehen werden. Der Gesamtaufwand für die Forderungen der Eisenbahner beträgt 85 Millionen Kronen, die vom Ministerium bewilligt worden sind.

Warschau. Ab 1. Dezember sind die polnischen Post- und Telegraphengebühren durchschnittlich um ein Viertel ihrer bisherigen Höhe erhöht worden.

Rom. Kardinalstaatssekretär Gasparri hat dem Papst sein Rücktrittsgesuch aus Gesundheitsrücksichten eingereicht.

Rom. In der Kammer wurde eine Gesetzesvorlage über den Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Deutschland vom 29. Dezember 1926 eingebracht.

Madrid. Der Minister hat dem Entwurf eines deutsch-spanischen Luftfahrtabkommens seine Zustimmung erteilt.

Bermischte Nachrichten aus aller Welt.

Schweres Unwetter über England.

London, 30. November. Der britische Dampfer „Loch Monar“, 9403 Tonnen groß, ist in der Nähe der Burbo Bank an der Mündung des Mersey-Flusses auf Grund gelaufen. Passagiere und Besatzung bestehen aus 72 Köpfen und wurden durch Rettungsboote an Land gebracht. An der Küste von Norfolk war heute die Schifffahrt durch Stürme schwer beeinträchtigt. Mehrere Fischerboote und Leichter sind gesunken.

Der über Südenland in den letzten Tagen niedergegangene schwere Regen hat zu großen Ueberschwemmungen geführt. Die nordwestlichen Vororte Londons stehen zum Teil unter Wasser. Mehr als 100 Häuser sind von der Außenwelt ziemlich abgeschnitten. Durch Erdbeben sind erhebliche Störungen im Eisenbahnverkehr entstanden. Die Themse und ihre Nebenflüsse im Norden Englands führen Hochwasser.

Eine Höllemaschine

auf einer mazedonischen Eisenbahnstrecke.

Belgrad, 30. November. Wie aus Stepje gemeldet wird, wurde gestern Abend bei der Station Sokolar kurz vor Eintreffen eines Zuges auf den Schienen eine Höllemaschine entdeckt. Man nimmt an, daß die Maschine von Komitaischis gelegt worden ist. Im Zusammenhang mit dem Mordanschlag bei Alexandrow wurden mehrere Verhaftungen von der jugoslawischen Polizei vorgenommen.

Ein Neandertalshädel aufgefunden?

Wien, 30. November. Wie die Wiener Allgemeine Zeitung aus Linz berichtet, wurde im sogenannten Hölzgange, einem Seitenarm der Donau, ein vermutlich versteinertes Menschenkopfgesunden, von dem manche glauben wollen, daß es der Kopf eines Menschen der Neandertalrace sei.

Bettelei wird weiter bestraft.

Berlin. Im Reichstagsauschuß für die Strafrechtsreform stand die grundsätzliche Frage zur Abstimmung, ob die Bekämpfung des Landstreichens, Bettelns der Arbeitslosen und der Gewerbenutzungs ausschließlich im Wege der sozialen Fürsorge zu erfolgen habe oder ob daneben auch strafrechtliche Mittel angewandt werden sollten. Der Vorsitzende, Abgeordneter D. Dr. Kahl (D. Vp.) formulierte die Frage folgendermaßen: „Sind grundsätzlich die im 36. Abschnitt des Strafgesetzbuchs enthaltenen Tatbestände unter Kriminalstrafen zu stellen?“ Die Mehrheit des Ausschusses bejahte bei der Abstimmung diese Frage.

Erhöhte Reichsindexziffer für die Lebenshaltung im November.

Berlin. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten (Ernährung, Wohnung, Heizung, Beleuchtung, Bekleidung und „sonstiger Bedarf“) beläuft sich nach den Feststellungen des Statistischen Reichsamts für den Durchschnitt des Monats November auf 150,6 gegen 150,2 im Vormonat.

Landtagsabgeordneter Dr. Hager gestorben.

Berlin. Der preussische Landtagsabgeordnete Dr. Hager (Zentrum), langjähriger Vertreter des Industriebezirks M.-Gladbach-Rheydt im Preussischen Abgeordnetenhaus, ist im Alter von 58 Jahren in Berlin-Schöneberg plötzlich gestorben.

Hauptverfahren wegen des Arensdorfer Totschlags eröffnet.

Berlin. Wie der Amtliche Preussische Pressedienst mitteilt, ist entsprechend der von der Staatsanwaltschaft erhobenen Anklage durch Beschluß der Strafkammer in Frankfurt a. d. O. das Hauptverfahren gegen den Landwirt August Schmelzer wegen Totschlags an zwei Reichsbannerangehörigen und versuchten Totschlags an weiteren Reichsbannerangehörigen sowie gegen den Landwirt Paul Schmelzer (Vater) wegen Anstiftung zu der Tat seines Sohnes vor dem Schwurgericht in Frankfurt a. d. O. eröffnet. Die Hauptverhandlung wird am 12. Dezember 1927 beginnen.

Das Urteil im Prozeß gegen Oberbürgermeister Luppe. Nürnberg. In der Privatbeleidigungsklage des Hauptlehrers und Landtagsabgeordneten Julius Streicher gegen den Oberbürgermeister Dr. Luppe in Nürnberg wurde Dr. Luppe wegen Beleidigung zu 1000 Mark Geldstrafe verurteilt. Dr. Luppe hat in einer demokratischen Versammlung in Dessau am 28. Oktober in Bezug auf Streicher sich dahin geäußert: „Nun sieht dieser völkische Verleumder hinter Schloß und Riegel.“

Die Direktoriumsorganisation im Memelgebiet.

Memel. Wie das „Memeler Dampfboot“ auf Anfrage beim Memeler Gouvernement erfährt, haben die Verhandlungen über die Bildung des Direktoriums heute zu einer grundsätzlichen Einigung geführt. Die Ernennung des Präsidenten und die Befugnisse der Namen der übrigen Mitglieder des Direktoriums ist für Donnerstag zu erwarten. Zu bemerken ist, daß es sich nicht um ein Direktorium handelt, dessen Mitglieder ausschließlich den Mehrheitsparteien angehören oder ihnen nahe stehen, sondern daß ihm sogar ein Großlitauer scharfster Richtung angehören soll.

Französische Aengste.

Paris. In der französischen Kammer gab es eine interessante Debatte über die außenpolitische Lage. Der sozialistische Abgeordnete Fontanier betonte, daß er die Lage am Balkan als beunruhigend ansehe. Der zwischen Italien und Albanien geschlossene Tiranovertrag entspreche nicht dem Geiste des Völkerverbundes. Der radikale Abgeordnete Montigny forderte die schnelle Aufstellung eines Aktionsprogramms, das auf sicheren Beziehungen zu Deutschland und zu Italien aufbaue sei. Die italienische Aktivität sei zweifellos gegen Frankreich gerichtet. Auf die Beziehungen Frankreichs zu Deutschland im besonderen eingehend, erklärte Montigny, seiner Ansicht nach seien zwei Arten von Politik möglich, entweder die Gewehr bei Fuß im Rheinland bleiben und erst in der letzten Minute, wie der Vertrag es zuläßt, abziehen, oder ein ständiges Pfand im Austausch gegen ein vorübergehendes Pfand sich zu sichern. Die radikale Partei spricht sich eher für Verhandlungen als für die Aufrechterhaltung der Rheinlandbesetzung mit dem Abzug in der Krisenstunde aus, von der Mussolini gesprochen hat. Das schlimmste wäre, die Schwierigkeiten zu vertragen.

Unterzeichnung eines deutsch-polnischen Vertrages über Holzexport.

Warschau. Hier wurde ein provisorischer Vertrag, der die Einfuhr des Rohholzes und des Schnittholzes zwischen Polen und Deutschland für die Dauer eines Jahres regelt, vom polnischen Minister des Äußeren, Jalecki, und dem deutschen Gesandten in Warschau, Kaufner, unterzeichnet. Der Vertrag tritt am 5. Dezember in Kraft.

Gächsisches.

Zur Festnahme des Dippeldorfer Mörders Dietrich.

Dresden, 29. Nov. Zur Festnahme des Dippeldorfer Mörders Dietrich teilt das Kriminalamt Dresden mit, daß Dietrich am 27. November nachmittags von der Mordkommission des Kriminalamts Dresden dem Amtsgericht Ruhland nach hier überführt worden ist. Die von Dietrich beim Amtsgericht Ruhland zu Protokoll gegebenen Einzelheiten über die Tat, die er als Tötung auf Verlangen hinführt, erscheinen durchaus unglaubhaft und stehen mit den Feststellungen am Tatort in Widerspruch. Diese Angaben, die Dietrich während des Transportes nach Dresden den Kriminalbeamten wiederholt hat, werden gegenwärtig von der Mordkommission eingehend nachgeprüft. Nach seiner Vernehmung wird Dietrich noch heute der Staatsanwaltschaft zugeführt werden. Zu bemerken ist noch, daß die Festnahme des Mörders zum großen Teil der eifrigen Mitarbeit der Tagespresse zu danken ist, die für eine weitestgehende Verbreitung der vom Kriminalamt Dresden bekanntgegebenen Personenbeschreibung Dietrichs besorgt gewesen ist.

Dietrich bleibt bei seinen anfänglichen Behauptungen, er habe die Schönberg auf ihr Verlangen getötet, stehen. Er hat aber seine bisherigen Angaben insoweit widerrufen, als er jetzt zugibt, daß weder er noch die Schönberg bei der Abreise von Baunzen sich mit Selbstmordgedanken getragen hätten, es sei ihm zunächst vielmehr nur darauf angekommen, mit der Schönberg sich einige schöne Tage zu machen. Dietrich wurde gestern der Staatsanwaltschaft zugeführt. — Gar der obediē festgenommen. Am 28. November wurde in einer hiesigen Gastwirtschaft ein Unbekannter beim Diebstahl eines Winterüberziehers auf frischer Tat ertappt und später der Polizei übergeben. Er wurde in der Person des 19 Jahre alten Kochs Hans Rinne aus Bremerhaven festgehalten. Von der Kriminalpolizei konnten ihm noch 10 weitere Garderobegegenstände nachgewiesen werden, die er im Monat November in hiesigen Gastwirtschaften ausgeführt hat. Der Täter hat die gestohlenen Mäntel sämtlich unter der Hand in Dresden verkauft.

Für vollspurigen Ausbau der Müglitzalbahn.

In der öffentlichen Gesamtsitzung der Handelskammer am Dienstag, wurde u. a. auch beschlossen, sich weiterhin energisch für den vollspurigen Ausbau der Müglitzalbahn einzusetzen. Im Zusammenhang damit wurde folgende Entschlieung angenommen:

„Die Anlage zahlreicher Bahnen des sächsischen Erzgebirges, namentlich auch des Ostergebirges, als Schmalspurbahnen ohne gegenseitige Verbindung bringt für die Anlieger große wirtschaftliche Schädigungen mit sich. Für die Förderung der Verkehrsbeziehungen und zur Erhaltung der wirtschaftlichen Lebensfähigkeit dieser Gegenden ist der Umbau von Schmalspurbahnen und die Schaffung von Querverbindungen anzustreben. Die hierauf hinzielenden Eingaben beteiligter Kreise werden unterstützt. Im Rahmen dieser Forderungen tritt die Kammer in erster Reihe für den Umbau der durch das Hochwasser zerstörten Kleinbahn Seidenau-Altenberg zu einer Vollspurbahn, unter möglicher Wahrung der Interessen der Anschlußgleisbesitzer, sowie für die dringend notwendige Querverbindung zwischen dem oberen Flöha- und dem oberen Muldentale ein.“

Die sächsische Regierung über die Wertzuwachssteuer.

Dresden. Das sächsische Innenministerium hat eine Verordnung herausgegeben, die für alle Gemeinden von der größten Bedeutung ist. Es hat sich in der Verordnung dagegen ausgesprochen, daß die Gemeinden bei Festsetzung der Wertzuwachssteuer nennenswert über einen Steuerfuß von 30% hinausgehen. Es vertritt den Standpunkt, daß der Steuerfuß für Erwerbsfälle außerhalb der Inflationszeit herabgesetzt und für die Fälle des Inflationserwerbes nicht hinaufgehoben werden soll. Dabei verweist es auf ein Schreiben des Reichsfinanzministeriums, in dem den Länderregierungen nahegelegt wird, bei der Wertzuwachssteuer nicht über einen Satz von 30% hinauszugehen. In Bayern, Baden usw. sei der Satz von 30% als Höchstfuß festgelegt. Schließlich wird auch noch darauf verwiesen, daß das Reichsfinanzministerium in einem Falle, in dem eine sächsische Gemeinde ihre Wertzuwachssteuer in der Weise wie Dresden (Staffelung bis 50%) regeln wollte, das zuständige Landesfinanzamt angewiesen hat, wegen Schädigung überwiegender Interessen der Reichsfinanzen Einspruch zu erheben.